

# Plenarprotokoll

95. Sitzung

Freitag, 17. Juli 2015

**Zugang des Landtags zur Bundesdatenbank EUDISYS .....**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

**Drucksache [18/1860](#)**

Bericht und Beschlussempfehlung des Europaausschusses

**Drucksache [18/3086](#)**

---

**Angelika Beer [PIRATEN] .....**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Im Rahmen der Zusammenarbeit und Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union kommt **der innerstaatlichen Mitwirkung** nach dem Lissabon-Vertrag eine besondere Bedeutung zu. Diese hat **die Rolle der nationalen Parlamente** im europäischen politischen System aufgewertet, also auch unsere. Von zentraler Bedeutung dabei ist die Prüfung der **Einhaltung der Subsidiaritätsgrundsätze** durch die nationalen Parlamente im Rahmen des Frühwarnmechanismus. Der Grundgedanke des 2006 eingeführten elektronischen Informationssystems EUDISYS des Bundesrates ist, den Ländern eine bessere Wahrnehmung ihrer europapolitischen Mitwirkungsrechte ermöglichen zu können, denn Voraussetzung für eine aktive Mitwirkung an der EU und an ihren Vorhaben ist, dass die Länder zum frühestmöglichen Zeitpunkt über alle europapolitischen Vorhaben unterrichtet sind.

Das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der europäischen Union regelt die umfassende und frühzeitige Information der Länder durch die Bundesregierung. Für die Europafähigkeit von

Landesparlamenten ist es aus unserer aller Sicht notwendig, dass die Parlamente einen direkten **Zugriff auf die Datenbank EUDISYS** bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Forderung die unter anderem auch von den Landtagen in Sachsen-Anhalt, in Mecklenburg-Vorpommern, in Thüringen, in Brandenburg, in Baden-Württemberg, in Sachsen und von der Bürgerschaft in Bremen mit Nachdruck erhoben wird, jedoch regelmäßig durch den ständigen Beirat beim Bundesrat blockiert und abgelehnt wird. Dies ist aus meiner Sicht eine Missachtung unserer parlamentarischen Kontrollfunktion und unserer Rechte.

Es entsteht bei dem Hin und her der Eindruck, dass die Parlamente absichtlich an der kurzen Leine gehalten werden, obwohl wir uns einstimmig positioniert haben. Angesichts der Probleme in Europa wollen und können wir das nicht akzeptieren.

Es werden jährlich ungefähr 15.000 Europadokumente der Bundesregierung in diese Datenbank eingepflegt, von denen wir keine Kenntnis erhalten. Das angeführte Argument der Vertraulichkeit ist sowohl für unseren Landtagspräsidenten als auch für unseren Landtagsdirektor sowie für meine Kollegen im Europaausschuss so nicht nachvollziehbar. Auch der Vorschlag, die Landesparlamente sollten doch für ihre eigene Datenbank parallel zu EUDISYS einrichten, geht überhaupt nicht, denn das ginge zu Lasten der Steuerzahler. Warum sollen unsere Steuerzahler bezahlen, was es schon gibt?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schon ein wenig irritierend, wenn verschiedene Wissenschaftliche Dienste unserer Landtage, die Landtagsdirektoren und die Landtagspräsidenten zu dem Schluss kommen, dass der Zugang zu EUDISYS rechtskonform realisiert werden kann, und trotzdem **Rechtsbedenken** durch den Rat geäußert werden. Meine Fraktion hat diesen Antrag vor über eineinhalb Jahren eingebracht, und ich möchte mich heute aufgrund der Beschlusslage des Europaausschusses, die der Kollege Lehnert gerade vorgetragen hat, insbesondere bei unserem Herrn Landtagspräsidenten Klaus Schlie und bei unserem Herrn Direktor Dr. Schliesky bedanken. Sie haben uns auf dem ganzen Weg unterstützt.

Die gute Nachricht zum Ende: Wir haben durch einen Brief unseres Landtagspräsidenten vom 2. Juli 2015 die Mitteilung erhalten, dass die

Landtagsdirektorenkonferenz im Mai 2015 einstimmig empfohlen hat, eine Gesetzesnovelle des zugrunde liegenden Gesetzes in die Wege zu leiten, um die Rechte unseres Landtags, aber auch die der anderen Landesparlamente durchzusetzen. – Herzlichen Dank dafür.

Ich denke, es ist jetzt noch ein Stück Weg zu gehen, bevor wir tatsächlich den Zugang haben werden, aber nach der Einigkeit, die wir im Ausschuss erzielt haben, bin ich durchaus zuversichtlich, dass wir mit diesem Selbstbewusstsein sagen können: Wir werden genauso informiert, damit wir verantwortliche Europapolitik für Schleswig-Holstein, aber auch für Europa machen können. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

---

**Beschluss:**

Einigkeit im Schleswig-Holsteinischen Landtag: Das Parlament verlangt Zugang zu der Datenbank des Bundesrates für EU-Dokumente (EUDISYS). Bisher kann nur die Landesregierung auf das Informationssystem zugreifen.

Der einhellige Beschluss fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat auf einen EUDISYS-Zugang für alle Landesparlamente in Deutschland zu drängen.